

PENSIONSKASSEN

Verwalter langen kräftig zu

Versicherer kassieren für die Verwaltung von Pensionskassengeldern extrem unterschiedliche Spesen – manche dreimal mehr als andere. **Text: Bernhard Raos; Illustration: Rüdiger Trebels**

Da reiben sich die Versicherten die Augen: Wer seine zweite Säule bei einer Sammelstiftung der Zurich Versicherung hat, zahlte letztes Jahr 694 Franken dafür, dass seine Vorsorgegelder verwaltet werden. Die Mobiliar dagegen verrechnete Nicht-Pensionierten nur 220 Franken. Für Freizügigkeitsgelder verlangte Allianz Suisse 243 Franken, die Axa Winterthur dagegen nur 41 Franken. Die Allianz bittet auch ihre Rentner kräftig zur Kasse: 886 Franken pro Jahr kostet die Verwaltung ihrer Vorsorgegelder. Das ist Negativrekord.

Der Bericht hat blinde Flecken

Wie gross die Unterschiede zwischen den Lebensversicherungen sind, lässt sich dem neusten Kontrollbericht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) entnehmen. Er enthält deutlich mehr Zahlen als früher und schafft etwas mehr Transparenz. Bisher konnten die Versicherungskonzerne die Verwaltungskosten von Beitragszahlern, Rentnern und Inhabern von Freizügigkeitsleistungen zusammenmischen. Mit dem Resultat, dass am Ende geschönte Zahlen herauschauten.

Doch auch der aktuelle Bericht hat viele blinde Flecken. Etwa diesen: Gemäss Finma können die Versicherungen die Verwaltungskosten als Durchschnittswert über alle 1,65 Millionen Beitragszahler und 231 000 Rentner hinweg ausweisen. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass sie bei 38 Prozent nur einen Teil der Risiken rückversichern. Diese 38 Prozent der Versicherten verursachen deutlich weniger Administrationsaufwand und sind daher für die Versicherungen günstiger. Wie viel günstiger, lassen die Zahlen der Mobiliar erahnen. Sie bietet keine Vollversicherung an und verrechnet den Kunden im Schnitt 220 Franken für die Verwaltung. In der Mischrechnung sind es bei den anderen Gesellschaften zwei- bis dreimal so viel.

Genauere Zahlen dazu finden sich im Finma-Bericht nicht. Dazu dürfe man «aus wettbewerbsrechtlichen Gründen keine Angaben publizieren», erklärt die Axa Winterthur. Die Zurich wiederum rechtfertigt ihre hohen Kosten mit dem «ungünstigen Bestandesmix» und dem «Nutzen von Grössenvorteilen». Anders als die Konkurrenz versichere die Zurich kleine Firmen.



Rentner: Die Allianz zieht jedes Jahr 886 Franken vom Konto ab.

Das treibe die Kosten hoch. Ähnlich argumentiert Allianz Suisse: Die exorbitanten Kosten, die sie Rentnern verrechnet, erklärt sie damit, dass diese Gruppe bei ihr «den kleinsten Anteil am gesamten Vorsorgebestand» umfasse.

Versicherte zahlen sogar für Werbung

Der Finma-Bericht kratzt auch sonst nur die Oberfläche. Eine grosse Unbekannte bleiben die 197,4 Millionen, die die Versicherer unter der Position «Abschlussaufwendungen» ausweisen. Ein Grossteil davon dürften jährlich wiederkehrende Abgaben sein, die Broker für die Vermittlung von Abschlussverträgen kassieren. Gegen diese Praxis laufen die Gewerk-

schaften seit Jahren Sturm. Sie kritisieren zudem die 22,2 Millionen Franken für Marketing und Werbung, die den Versicherten aufgehalst werden.

Eine Blackbox sind auch die Kosten für die Vermögensverwaltung. Gemäss Finma-Bericht belaufen sie sich auf 286 Millionen Franken. Das entspricht tiefen 0,17 Prozent der verwalteten Vermögen. Aber auch diese Zahl verschleiert mehr, als sie offenlegt. Darin nicht eingerechnet sind zum Beispiel die Gebühren für Fonds und die Kosten für die Bewirtschaftung der Immobilien. Die realistische Quote liegt gemäss der Beratungsfirma C-alm bei 0,59 Prozent. Sie hat im Auftrag des Bundes die wegweisende Kostenstudie für Pensionskassen erarbeitet.

Hoffen auf die Reform 2020

Aber selbst die veröffentlichten Finma-Zahlen offenbaren enorme Unterschiede. Die Kostenquote schwankt zwischen 0,11 (Helvetia) und 0,21 Prozent (Basler Versicherung). Die Finma verspricht jetzt Besserung. Wer den Mittelwert am deutlichsten überschreite, werde «einer intensivierten Aufsicht unterzogen», heisst es aus Bern.

Mindestens so umstritten ist, wie viel die Versicherer vom Bruttogewinn abschöpfen dürfen, den sie mit den Geldern der Versicherten erzielen. 2012 waren es 661 Millionen Franken. Das sind 350 Franken pro Kopf, die sie als Gegenleistung für die Gewährung ihrer Garantien in der zweiten Säule verrechnen. Ebenfalls dem Betriebsergebnis belastet werden 1,98 Milliarden Franken an Rückstellungen.

Mit dem Reformvorhaben «Altersvorsorge 2020», das vergangenen November von Bundesrat Alain Berset lanciert worden ist, kommt nun Bewegung in diese Diskussionen. Damit geht der Kampf, wie der Vorsorgekuchen fair verteilt werden soll, in eine weitere Runde. ■